

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion und des Agl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Agl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erscheint jeden Samstag abends für den folgenden Tag und ist ausschließlich der Mittwoch und Sonnabend vorbehalten. „Beliebigste Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Bestellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 50 J. inklusive Postgebühren. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

Versprechelle Nr. 22.

Befellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Vierundsechziger Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Reklamazeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung eingekannter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Mittwoch, den 26. Januar 1910, mittags 12 Uhr, sollen in Uhyß a. T. 4 Wandbilder gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Sakhof zum Erbgericht daselbst.

Bischofswerda, am 22. Januar 1910.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Holz-Auktion.

Montag, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr, sollen im hiesigen Gemeinde- und Pfarrwalde ca. 30 rm Kieferne Stämme, 1 Partie sichtige Stangen und Stängel, 2 Stück sichtige Nadeln und eine große Anzahl Reisighaufen meistbietend versteigert werden. Versammlung an der Gemeindegasse.

Bautzen, den 19. Januar 1910.

Der Gemeinde- und Kirchenvorstand.

Realschule zu Bautzen.

Die Realschule zu Bautzen wird von Ostern 1910 an zu einer Oberrealschule entwickelt. Zur Aufnahme in die unterste Klasse genügt das erfüllte neunte Lebensjahr; zum Eintritt in die Obersekunda ist das Reifezeugnis einer sechsklassigen Realschule erforderlich. Anmeldungen für Ostern werden wochentags von 11—12 Uhr angenommen. Gute Pensionen sind vorhanden. Weitere Auskunft wird gern erteilt.

Dr. Wehner, Direktor.

Gibt es eine internationale Solidarität der industriellen Arbeiter?

Wenn Arbeiterverbände große Arbeitseinstellungen in Szene setzen, dann wird gewöhnlich von der sozialistischen Presse die Solidarität aller Arbeiter betont und den Streikenden Hoffnung auf die Unterstützung seitens der Arbeitsgenossen aus allen Ländern gemacht. Aber die rauhe Praxis des Lebens zeigt, daß das internationale Solidaritätsgefühl der Arbeiter doch nicht entfernt in dem Maße vorhanden ist, wie es die sozialistische Theorie glauben machen will, denn in den meisten Ländern haben sich die Arbeiter bei der Unterstützung der Streikenden wenig opferwillig gezeigt, oder man kann auch sagen, daß die deutschen Arbeiterverbände die Solidarität der Arbeiterinteressen durch große Spenden an die Streikenden zum Ausdruck bringen, daß aber die Arbeiterverbände anderer Staaten meistens herzlich wenig für die internationale Unterstützung der Streikenden tun, und daß sich dabei zumal die Arbeiterverbände in Frankreich und Italien recht schäbig gezeigt haben. Den Beweis dafür lieferte der letzte große schwedische Generalstreik. Zu der Unterstützung der schwedischen Ausständigen, die auf Wunsch der schwedischen Bundeszentrale von der ausländischen Arbeiterschaft eingeleitet worden war, wurden von ausländischen Arbeitern insgesamt 2085 000 Kronen schwedischer Währung (1 Krone gleich 112,5 Pfg.) aufgebracht. Wäre die Beteiligung an diesem Unterstützungswerk in den einzelnen Ländern gleichmäßig erfolgt, so hätten Großbritannien und Frankreich mit 80 Millionen Einwohnern mehr aufbringen müssen, als Deutschland mit 61 Mill. In Wirklichkeit brachten aber die deutschen Arbeiter 1 030 000 Kr., also fast ebenso viel auf, wie die Arbeiter aller anderen Länder zusammen. Das kleine Dänemark mit 2,5 Millionen Einwohner steuerte 432 000 Kr. bei, Norwegen mit 2 Mill. Einwohner 348 000 Kronen. Dagegen zeigten die Spenden der Vereinigten Staaten von Nordamerika (107 000 Kr.), Großbritannien (36 000 Kr.), Frankreich (5000 Kr.), Italien (1 000 Kr.), Oesterreich-Ungarn (50 000 Kr.), daß diese Länder weit weniger opferwillige Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung besitzen, als Deutschland, Norwegen und Dänemark. Besonders bemerkenswert ist, daß die Engländer bei ihrer alten Gewerkschaftsbewegung für einen Kampf, der mit der Lösung begonnen worden ist, daß ihn die

Arbeiterschaft einer Nation für ihre Lebensinteressen führen müßte, trotz ihrer wohlgefüllten Kassen nur knapp 36 000 Kronen aufgebracht haben, obwohl durch Versendung von Rundschreiben noch besonders für die Sammlung geworben worden war, und daß die Franzosen für einen solchen Kampf, der ihrem gewerkschaftlichen Empfinden gern recht sympathisch war, gar nur etwas über 5 000 Kronen übrig gehabt haben. Eine wirkliche internationale Solidarität der industriellen Arbeiter besteht also nicht, denn die Genossen in den meisten Ländern haben die Streikenden in Schweden schmächtig im Stich gelassen.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg soll, wie ein Blättergerücht wissen will, bereits amtsmüde sein. Angeblich hat er seiner Umgebung gegenüber einer großen Seelenverstimmung Ausdruck verliehen und erklärt, er ersehne nichts mehr, als aus seinem jetzigen undankbaren Amt in einen ruhigeren Wirkungskreis zurückkehren zu können. — Nun, es mag sein, daß sich Herr v. Bethmann Hollweg auf seinem früheren Posten als Staatssekretär des Innern behaglicher fühlte, als jetzt in dem weit verantwortungsvolleren Amt als Reichskanzler. Aber daß er deshalb gesonnen sein sollte, schon jetzt die Kanzlerflinte ins Korn zu werfen, da er doch erst ein halbes Jahr den Posten des obersten Reichsbeamten bekleidet, das erscheint nicht recht glaubhaft, es wird sich wohl bei der Nachricht von der behaupteten Amtsmüdigkeit des Herrn von Bethmann Hollweg nur um eine müßige Kombination handeln. Uebrigens wurde er am Donnerstag vormittag durch einen längeren Besuch des Kaisers ausgezeichnet, welcher Vorgang darauf hindeutet, daß die Beziehungen zwischen Kaiser und Kanzler ungetrübt sind.

Der Reichstag nahm am Donnerstag den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Bolivien in dritter Lesung fast debattelos an und trat dann in die Spezialberatung des Justizetats ein. Der erste Ausgabenposten „Gehalt des Staatssekretärs“ rief die hierbei übliche allgemeine Debatte hervor, in welcher aus dem Hause die Abgeordneten Dr. Belzer (Zentrum), Dr. Giese (kons.), Dr. Jund (nat.-lib.), Dove (freis. Vereinig.), Seine (soz.), von Dziembowski-Pomian (Pole), Dr. Vahrenhorst (Reichsp.), Werner (Reform), Dr. Beder-

Adln (Zentrum), Ablaß (freis. Volksp.), sprachen. In der ruhig dahinfließenden Diskussion wurden die verschiedensten Thematika berührt, so neben zahlreichen speziellen Rechtsfragen besonders der Fall Gellfeld, das Schiffahrtsabgabenprojekt, die Entlastung des Reichsgerichts, der Kampf gegen die Schmutzliteratur, der Prozeß Eulenburg usw. Regierungsseitig griff der neue Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Visco, mit einer Rede in die Verhandlungen ein, in welcher er zu einer Anzahl der vorgetragenen juristischen Spezialfragen Stellung nahm. Daneben ließ er sich auch über den vom Abgeordneten Dr. Jund herbeigezogenen Fall Gellfeld aus, dessen gegenwärtigen Stand er beleuchtete. Unter Hinweis auf den schwebenden Kompetenzkonflikt erklärte er jedoch, Mitteilungen über Einzelheiten des Tatbestandes nicht machen zu können, zum Schluß versichernd, er werde stets bereit sein, für die deutsche Justizpflege in allen ihren Teilen einzutreten. Nach Beendigung dieser allgemeinen Aussprache genehmigte der Reichstag den genannten Ausgabenposten und erledigte hierauf den gesamten übrigen Rest des Etats des Reichsjustizamts durch dessen debattelose Annahme. Am Freitag erörterte der Reichstag zunächst den Etat des Reichseisenbahnamts.

In der Reichstagskommission für den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag sollte am Donnerstag die Abstimmung vorgenommen werden. Infolge vertraulicher Mitteilungen, welche regierungsseitig in der Sitzung gemacht wurden, beschloß man aber, die Abstimmung auf nächsten Dienstag zu vertagen.

In der Donnerstagsitzung der Budgetkommission des Reichstags kam die Depesche zur Sprache, welche der Bürgermeister Kreplin von Lüderichsbuch in Deutsch-Südwestafrika an das Reichstagspräsidium gerichtet und in der er Beschwerden gegen den Staatssekretär Dernburg vorgebracht hatte. Nachdem sich die Redner der einzelnen Parteien über die Behandlung dieser Angelegenheit geäußert, unternahm es Herr Dernburg kurz, sich gegenüber den ihn betreffenden Beschwerden, die sich hauptsächlich auf die Haltung des Staatssekretärs in der Diamantenfrage beziehen, zu rechtfertigen, worauf sich eine nochmalige Debatte über die Lüderichsbuch-Depesche entspann. Dann nahm der Staatssekretär wiederum das Wort; zuletzt genehmigte die Kommission einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag, die Depesche durch die Kommissionsbeschlüsse für erledigt zu erklären.